

Mitteilung

Zur Feststellung der teilweisen Erledigung der Feststellung der Unterversorgung nach §§ 157, 160 Absatz 1 und 2 TKG

hier: Vorgangsnummer 2022-06-15-0025

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen teilt hiermit mit:

1. Ziffer 1 der Verfügung vom 05.10.2022 unter der benannten Vorgangsnummer hat sich in Bezug auf das Grundstück mit der Bezeichnung

Flur 2, Flurstück 260/273

mit Wirkung zum 31.03.2023 erledigt.

2. Ziffer 2 der Verfügung vom 05.10.2022 unter der benannten Vorgangsnummer hat sich in Bezug auf das Grundstück mit der Bezeichnung

Flur 2, Flurstück 260/273

mit Wirkung zum 31.03.2023 erledigt.

3. Damit hat sich auch die Ankündigung der Bundesnetzagentur, in dem von der Feststellung vom 05.10.2022 unter Ziffer 1 umfassten Gebiet nach § 161 Absatz 2 TKG vorzugehen, sofern kein Unternehmen innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung der Feststellung der Unterversorgung schriftlich oder elektronisch gegenüber der Bundesnetzagentur zusagt, sich zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach §§ 157 Absatz 2 und 158 Absatz 1 TKG ohne Ausgleich nach § 162 TKG zu verpflichten, mit Wirkung zum 31.03.2023 erledigt, soweit das folgende Flurstück betroffen ist:

Flur 2, Flurstück 260/273.

4. Diese Mitteilung gilt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur als bekannt gegeben.

Der Endnutzer, der auf dem Flurstück Flur 2, Flurstück 260/273 seine Hauptwohnung bezogen hat, verfügt über einen Sprachkommunikationsdienst sowie – seit dem 30.03.2023 – über einen schnellen Internetzugangsdienst. Dementsprechend hat die Verfügung vom 05.10.2022 in dem im Tenor beschriebenen Umfang ihren Zweck erfüllt, § 43 Absatz 2 VwVfG, ohne dass es einer Verfügung nach § 161 Absatz 1 oder Absatz 2 TKG bedurfte. Eine Unterversorgungssituation im Sinne des § 160 Absatz 1 TKG besteht seitdem nicht mehr, da ein schneller Internetzugangsdienst jedenfalls zum Zeitpunkt dieser Mitteilung zur Verfügung steht.

Nach Mitteilung des Endnutzers vom 23.04.2023 über die Herstellung eines Anschlusses und eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten liegt kein Bedarf mehr vor, sodass nach § 160 Absatz 2 TKG auch insoweit die Aufforderung, eine freiwillige Erklärung nach § 161 Absatz 1 TKG abzugeben, hinfällig geworden ist.

Die Erledigung wird aus Gründen der Verfahrenstransparenz mitgeteilt. Es handelt sich nicht um einen Verwaltungsakt nach § 35 Satz 1 VwVfG, da der Mitteilung keine eigenständige Regelungswirkung zukommt. Der Zweck der Unterversorgungsfeststellung ist nachträglich weggefallen. Die Mitteilung beschränkt sich daher auf eine reine Tatsachenwiedergabe.

Die Veröffentlichung erfolgt analog § 210 TKG. Diese Mitteilung ist auch auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.